

KRONOS

I n f o b r i e f

Ein Service des Kronos Umwelt-Team's

Ausgabe September 99/10

Umweltziele – Das wird ja immer besser!

Die diesjährige Klimabündnis-Tagung in Baden gab wieder neue Anstöße, sich intensiver mit dem Thema Energiebereitstellung und -effizienz auseinander zu setzen. Neu ist in Zukunft die Möglichkeit, sich "seinen" Energieversorger auswählen zu können.

Während die "Agenda 21" (Konvention vom 6. Juni 1992 in Rio de Janeiro) bislang keine Lobby mit entsprechendem Büro in Österreich gefunden hat, erfährt ein Bereich – mit dem weit bildhafteren Namen "**Klimabündnis**" versehen – immer stärkeren Zulauf und zählt bereits 271 Mitgliedsgemeinden (ca. 13 % der Gemeinden) mit ca. 3,9 Mio. Einwohnern. **1999 ist "Halbzeit"** auf dem Weg zur Reduktion des CO₂-Ausstoßes um 50 % (Ausgangsjahr 1987) bis zum Jahr 2010 und sollte als Zwischenbilanz verstanden werden.

Auf der Klimabündnistagung in Baden bei Wien (21.–21.9.99) wurden **je 9 Gemeinden** für ihre meist zahlreichen Umweltaktivitäten **mit Haupt- und Sonderpreisen** durch Minister Dr. Bartenstein ausgezeichnet. Auch einige Klimabündnis-Betriebe saßen im Publikum und holten sich Anregungen. Die Gemeindevertreter stärkten sich gegenseitig den Rücken für weitere Umwelt-Aktivitäten, die man zuerst in den eigenen Reihen 'durchbringen' muß. Die Argumentation für Umwelt-Investitionen fällt natürlich umso schwerer, je weniger Faktoren in ein Konzept eingebunden und damit beeinflussbar sind. Umweltmanagement wäre dafür ein ideales System, das jedoch noch von sehr wenig Gemeinden in Österreich in Angriff genommen wurde.

Richtigerweise konzentrieren sich die **Maßnahmen auf den Bereich Energie** (Verkehr, Heizung, Strom), Hauptverursacher der Treibhaus-Problematik. Die Lösungen dazu sind unterschiedlich und entsprechen einer Versuchsphase, die Effizienz kann erst in ein paar Jahren in einem umfassenden Vergleich unter Berücksichtigung diverser gemeindespezifischer Entwicklungen (Wirtschaftslage, Arbeitsplätze, Altersstruktur etc.) bewertet werden.

Das **Suchen nach der standortidealen (und damit wirtschaftlichen) Energieversorgung** wird für Betriebe und Gemeinden in Zukunft immer interessanter, schreibt doch das **EIWOG** (Elektrizitätswirtschafts- und Organisationsgesetz) bis zum Jahr 2005 einen **3 %igen Anteil an "neuen erneuerbaren Energieträgern"** samt Preisregelungen seitens Einspeisung vor. Die Länder haben zum Teil ihre Entwicklungskonzepte dazu bereits vorgelegt oder bemühen sich gerade um Fertigstellung. Erneuerbarer Strom sollte erschwinglich werden.

Es zeigen sich auch bereits "Energiemakler" am Markt, die Strom von diversen Produzenten zu bestimmten Konditionen verkaufen und mit "mehr Transparenz am Energieversorgungsmarkt" werben.

Es gibt aber noch andere Methoden, um den CO₂-Ausstoß durch verringerten Energieverbrauch zu reduzieren. Proklamiert werden die sogenannten "**win-win-Bereiche**", wo es zu keiner Reduktion von Lebensqualität für die Bevölkerung kommt (wie es bspw. durch Absenkung der Raumtemperatur empfunden werden könnte):

KRONOS

I n f o b r i e f

- ❁ Wärmedämmung/Gebäudeoptimierung
- ❁ Modernisierung der Heizanlagen (Kesseltausch, moderne Regeltechnik, Rauchfangsanierung)
- ❁ Alternative Energie (Windkraft, Fotovoltaik; Solaranlagen, Biomasse/Klärgase, Hackschnitzel,...)
- ❁ Kraft-Wärme-Kopplung bei Großbauten
- ❁ Sonnenorientierte Architektur
- ❁ Re-Design der Verkehrspolitik (z.B. LKW auf die Schiene, Ausbau des öffentlichen Personenverkehrs und der Fahrradwege)
- ❁ Reduktion des Treibstoffverbrauchs (gemäß Vereinbarungen mit dem Hersteller-Dachverband ASEA soll es ab 2008 das 6-l-Auto standardmäßig geben)
- ❁ Einsatz von Biodiesel
- ❁ Verstärkter Holzeinsatz beim Bauen

Diese Liste kann als **Checkliste für die eigene Umweltpolitik** aufgefaßt werden. Haben Sie schon ein **"Energiemanagement"** – im Rahmen des **Umweltmanagementsystems** oder solitär – eingeführt, die Umgebung nach geeigneten Energieversorgungspartnern (z.B. Sägewerk oder Intensiv-Tierhaltung) sondiert oder die durchschnittliche Windgeschwindigkeit auf Ihrem Standort gemessen?

Den **Technikfreaks** sei gesagt: Die Sonnenenergie, die auf Korsika einstrahlt, reicht aus, um die ganze Welt mit Energie zu versorgen. Könnten wir das doch nutzen!

"Win-win-Bereiche" bedeutet allerdings auch, daß Bevölkerung und Wirtschaft dafür erst "gewonnen" werden müssen – durch **aufklärende und motivierende Begleitmaßnahmen** und in manchen Bereichen über Förderungen.

Übrigens: in den letzten 16 Jahren mußten wir die 11 wärmsten Jahre (Durchschnittstemperatur) in diesem Jahrhundert verzeichnen – das sollte doch zumindest nachdenklich stimmen. Und ganz gleich, ob sich die Wissenschaftler um "kälter" oder "wärmer" für unsere Region aufgrund der anthropogenen Emissionen streiten, wir müssen etwas tun! Eines steht fest: **Wer sich jetzt schon auf die kommenden Veränderungen einstellt, wird sanft mit dem Thema mitwachsen und rechtzeitig gerüstet sein.**

Öko-Steuern – Aus heiterem Himmel?

Dem Bericht der Europäischen Umweltagentur (siehe auch KIB 09/99) zufolge ist die Erreichung der EU-Ziele des Kyoto Protokolls zur Klimakonvention in weitere Ferne denn je gerückt. Welche Möglichkeiten hat nun die europäische Gemeinschaft bzw. haben die Einzelstaaten, Maßnahmen zur Zielerreichung zu setzen?

Neben sogenannten **'soft-instruments'** – freiwillige Vereinbarungen, Informationsverbreitung und Beratung (z.B.: Energieberatung durch Energieversorgungsunternehmen) sowie Produktkennzeichnungen – können **normative** (Gesetze, Verordnungen) und **ökonomische Instrumente**, also Preismechanismen – z.B.: Förderungen zu Klimaschutzmaßnahmen (LIFE II, bzw. das im Umweltministerrat beschlossene Nachfolgeprogramm LIFE III) oder 'Öko-Steuern' – eingesetzt werden.

Innerhalb der EU läuft die Diskussion zu einer ökologisch orientierten Energiebesteuerung schon seit langem ergebnislos, u.a. deshalb, weil ein Beschluß zu diesem Thema innerhalb der Mitgliedsstaaten einstimmig fallen muß. Derzeit steht das Thema Öko-Steuern nicht mehr auf der Tagesordnung des EU-Umweltministerrates, aber die **neue Umweltkommissarin – Margit Wallström** – bekräftigte

KRONOS

I n f o b r i e f

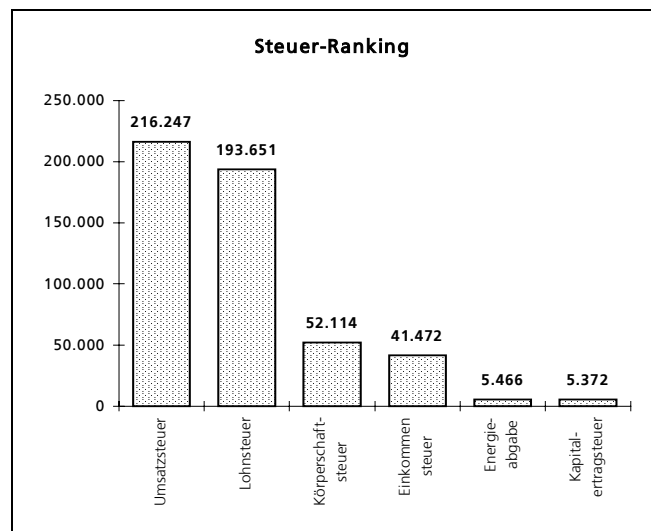
in ihrer Antrittsrede, während ihrer Amtsperiode eine Entscheidung über Energiesteuern und Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz herbeiführen zu wollen.

Vor allem die skandinavischen Staaten, allen voran **Dänemark**, haben schon vor einiger Zeit **bewiesen**, daß auch ein nationaler Alleingang ohne Wettbewerbsverzerrung für die Industrie erfolgen kann. In Dänemark ist es gelungen, durch ein komplexes, abgestimmtes Maßnahmenpaket, d.h. eine Kombination aus Information, Vorschriften und ökonomischen Anreizsystemen, **die Energieeffizienz und den Einsatz erneuerbarer Energieträger deutlich zu steigern**.

So wurde beispielsweise in Dänemark eine **Abgabe auf CO₂-Emissionen** eingeführt. Betriebe sind verpflichtet **'energy audits'** durchzuführen und verbindliche Handlungspläne vorzulegen, deren Umsetzung als Berechnungsbasis für die **Refundierung** der CO₂-Steuern herangezogen wird. So ist der **Bruttoenergieverbrauch auf das Niveau von 1973** gesunken, der durchschnittliche Wärmeverbrauch pro Haushalt wurde seither halbiert.

Angesichts der Dringlichkeit, Veränderungen im Umgang mit Energie herbeizuführen, sollte auch in anderen Ländern weniger die Frage nach einer 'gerechten' oder 'sozial ausgewogenen' Öko-Besteuerung ("Kann Steuer überhaupt gerecht sein?") noch der nationale (EU) Gleichklang im Vordergrund stehen. Entscheidend ist, welche **volkswirtschaftlichen Kosten durch Treibhausgas-Schäden** erwachsen und **wer diese bezahlen** wird (aus der eigenen Tasche bei Katastrophen, über Steuern oder durch Einbuße von Lebensqualität). Die **"Energieabgabe"** zählt in Österreich gemeinsam mit der Kapitalertragssteuer jedenfalls zu den niedrigsten Einnahmequellen unseres Finanzministers (s. Grafik).

Daher sind von der Politik auf nationaler und internationaler Ebene rasche Entscheidung und klare Vorgaben gefordert, die für Industrie und Gewerbe langfristige Planungshorizonte sowie Investitionsentscheidungen ermöglichen.



Für Betriebe und Gemeinden, die bereits vorausschauend aktiv werden wollen, heißt das, verstärkt in künftige Entscheidungen Überlegungen zum Thema der Energieeffizienz einzubeziehen und zwar nicht nur was den Einkauf von Energieträgern sondern auch von energieintensiven Rohstoffen und (Vor-)Produkten und deren Transport ins Unternehmen sowie den Vertrieb der Produkte/Leistungen angeht.

Arbeitsplatzevaluierung im öffentlichen Dienst

Im Rahmen der Anpassung des nationalen Rechts an die EU-Richtlinien steht in Österreich gerade die Umsetzung der EU-Arbeitsschutzstandards des öffentlichen Dienstes auf der Tagesordnung.

Für den Bundesdienst ist schon am 1. Juni 1999 das neue **Bundes-Bedienstetenschutzgesetz (BGBl I. 70/1999)** in Kraft getreten, das **der Philosophie des Arbeitnehmerschutzes im privatem Bereich entspricht**. Dies bedeutet die Institutionalisierung der Vorsorge durch erhöhte Verantwortung und Eigeninitiative des Arbeitgebers, die stete Verbesserung der Arbeitsbedingungen sowie die stärkere Einbindungen der Bediensteten in diese Verbesserung.

Das Gesetz schreibt ein Verfahren vor, das den Prozeß der Verbesserung einleiten soll. Die wichtigsten Schritte dieses Verfahrens sind

- **Evaluierung der bestehenden Gefahren,**
- **Festlegung notwendiger Maßnahmen und**
- **Dokumentation der Ergebnisse in den Sicherheits- und Gesundheitsschutzdokumenten.**

Zentrale Bedeutung kommt bereits innerhalb dieses Prozesses der aktiven Mitwirkung der Arbeitnehmer zur Verringerung und Beseitigung der Gefahren zu. Das setzt ausreichende und regelmäßige Information über das Gefahrenpotential voraus.

Das Gesetz regelt die **speziellen Anforderungen** bezüglich Arbeitsstätten, -mittel, -stoffen, Gesundheitsüberwachung und Präventivdiensten und stellt somit ein komplexes und anspruchsvolles Regelwerk dar.

Für **Landes- und Gemeindebedienstete** werden außerdem einschlägige Landesgesetze verabschiedet. Als Vorreiter gelten in diesem Bereich Wien, Niederösterreich und Vorarlberg, wo die entsprechenden Rechtsregeln zum Bedienstetenschutz bereits in Kraft getreten sind. In den anderen Bundesländern ist die Diskussion entweder über Grundsatzfragen (Tirol, Burgenland) oder schon zu konkreten Gesetzesentwürfen (Oberösterreich, Kärnten, Salzburg, Steiermark) im Gange.

Die Thematisierung von Arbeitnehmerschutz im öffentlichen Dienst sowie die Umsetzung der schon verabschiedeten Gesetze fügen sich ausgezeichnet in den **allgemeinen Umdenkprozeß in der öffentlichen Verwaltung** ein und unterstützen somit die aktuellen Reformvorhaben.

Faktor 4+-Kongreß 1999

Auch dieses Jahr findet am **Klagenfurter Messegelände der FAKTOR 4+-Kongreß**, diesmal mit dem Titel "Die neue Beschaffung – Erfolg durch Effizienz", von 13.–14. Oktober statt. Bekannte Namen wie Prof. Dr. Ernst-Ulrich von Weizsäcker und Prof. Dr. Friedrich Schmidt-Bleek leiten Sitzungen zu unterschiedlichen Themenblöcken. 170 Aussteller – unter anderem das KRONOS Umwelt-TEAM – zeigen "öko-effiziente Produkte und Dienstleistungen" in der angeschlossenen **Messe, die von 13.–15. Oktober** besucht werden kann.

Informationen erhalten Sie von Herrn Christopher Manstein unter der Tel. 0463/56 800-71 oder per e-mail: faktor4plus@carinthia.com

Mit freundlichen Grüßen
Ihr KRONOS Umwelt-TEAM